

NEWSLETTER ASYL



Aktuelle Informationen des Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg e. V. – August 2003

Said Muhammed floh vor über 9 Jahren aus Togo nach Deutschland. Hier hat sich der ehemalige Student der Landwirtschaft ein neues Leben aufgebaut: Weil er zunächst keine Arbeitserlaubnis bekommt, arbeitet er unentgeltlich bei einem Bauern - «um wenigstens etwas zu lernen», sagt er. Im Laufe der Zeit freundet sich Said insbesondere mit den beiden Kindern der Familie an. Auch im Ort gewinnt er schnell Freunde, spielt Fußball in der Hobbymannschaft. Dann macht er eine Bäckerlehre und arbeitet schließlich als Geselle. In der Bäckerei ist er nicht mehr wegzudenken: «Said ist eine unverzichtbare Stütze für uns», sagt Bäckermeister Klaus Dernbecher. Doch Said hat kein Aufenthaltsrecht, sondern wird nur geduldet. Über ihm hängt das Damoklesschwert der Abschiebung.

Said war Mitglied in einer Studentenorganisation, als er 1993 aus Togo in die Bundesrepublik flüchtete. Damals wie heute leidet das westafrikanische Land unter der blutigen Diktatur von General Gnassingbé Eyadema. Massive Menschenrechtsverletzungen sind dort an der Tagesordnung: Die Opposition wird unterdrückt, es kommt zu willkürlichen Inhaftierungen, systematischer Folter extralegalen Hinrichtungen. Wie viele Studenten engagiert Said Muhammed sich für die Demokratie, doch sein Asylantrag wird abgelehnt...



Viele Flüchtlinge leben seit mehreren Jahren in Baden-Württemberg. Sie besitzen kein förmliches Aufenthaltsrecht und leben ausgegrenzt unter uns. Sicher leben auch bei Ihnen in der Region Familien und Einzelpersonen, die dringend eine Altfallregelung benötigen. Eine Lösung für diese Fälle kann nach der geltenden Rechtslage (§ 54 und § 32 Ausländergesetz) nur erreicht werden, wenn die Innenministerkonferenz eine neue Altfallregelung beschließt. Um einen solchen Beschluss zu erreichen, initiierte Pro Asyl die Kampagne "Hier geblieben!".

Ein Großteil der Betroffenen sind Kriegsflüchtlinge, denen der Schutz des Asylrechts verweigert wurde, die gleichwohl aber nicht abgeschoben werden dürfen oder können. Wir appellieren an die Politik, Maßnahmen für eine großzügige Altfallregelung zu treffen.

Bundesweit leben rund 230.000 Flüchtlinge mit Duldung in Deutschland. Davon waren fast 150.000 Flüchtlinge bereits am 1.1.1998 hier, sind also seit mindestens fünf Jahren im Bundesgebiet.

Gemeinsam mit PRO ASYL fordern wir die Erteilung einer pauschalen Aufenthaltserlaubnis für die folgenden Flüchtlingsgruppen:

- **Alle Flüchtlinge, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten**
- **Flüchtlingsfamilien mit Kindern sowie alte, kranke und behinderte Flüchtlinge, die seit mehr als drei Jahren in Deutschland leben**
- **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die seit mehr als zwei Jahren hier sind**
- **Sämtliche Flüchtlinge, die Opfer von rassistischen Angriffen geworden sind**
- **sowie alle traumatisierten Flüchtlinge**

Said Muhammed ist einer von vielen in Baden-Württemberg geduldeten Flüchtlingen, für die eine Bleiberechts-Regelung gefunden werden muss. In Baden-Württemberg und Deutschland gibt es viele solcher Fälle. Um für die in Baden-Württemberg lebenden "Altfälle" auf ein Bleiberecht hinzuwirken, möchten wir Sie einladen an dieser Aktion teilzunehmen.

**Verflücht und zugenäht – Hier geblieben!
Zentrale Aktion in Stuttgart am 4. Oktober 2003**

Zum diesjährigen Tag des Flüchtlings wollen wir daher die Bleiberechts-Kampagne von PRO ASYL unterstützen und sie in den Vordergrund unserer Aktionen stellen. Wie anlässlich des Tages der Menschenrechte rufen wir wieder zu einer vernetzten Aktion auf, die in einer **zentralen Kundgebung in Stuttgart am 4.10.2003** ihren Höhepunkt finden soll. Dafür brauchen wir bereits im Vorfeld Ihre Unterstützung und Mithilfe:

- Informieren Sie betroffene Flüchtlinge über die Bleiberechtskampagne „Hier geblieben!“ und besprechen Sie mit Ihnen, ob sie sich an unserer Aktion beteiligen wollen (vgl. Fragebogen)
- Informieren Sie vor allem auch mögliche Unterstützerguppen über die Aktion. Ziel ist es, dass sich möglichst viele Menschen für konkrete Flüchtlinge/ Flüchtlingsfamilien einsetzen und diese zur zentralen Aktion am 4.10.2003 nach Stuttgart begleiten.
- Machen Sie bereits jetzt bis zum Tag des Flüchtlings Veranstaltungen und Infostände für „Ihre Flüchtlinge“ und die Kampagne „Hier geblieben!“
- Sammeln Sie Unterschriften auf Nesselstoff und mobilisieren Sie für die zentrale Aktion in Stuttgart.

Am 4. Oktober 2003, ist es dann so weit. Auf einer **Mahnwache mit Kundgebung** vom Schlossplatz zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus hinter dem alten Schloss in **Stuttgart** vernetzen wir die verschiedenen Aktivitäten, die bis dahin vor Ort gelaufen sind:

Wir rufen alle Gruppen, Initiativen, Wohlfahrtsverbände und NGOs dazu auf, sich an dieser Aktion gemeinsam mit Flüchtlingen zu beteiligen. Während der Mahnwache und Kundgebung sollen Bilder von betroffenen Flüchtlingen an eine große Wand projiziert werden. Dabei werden die einzelnen Schicksale vorgestellt und es werden Hintergrundinformationen über die Herkunftsländer gegeben. Im Vorfeld dieser Aktion sammeln alle Initiativen, die sich beteiligen wollen, Unterschriften für konkrete Flüchtlinge oder - und allgemein für die Forderung nach einem Bleiberecht für langjährig hier lebende Flüchtlinge auf Tüchern. Die beteiligten Gruppen, Initiativen, Verbände und Einzelpersonen kommen mit den Flüchtlingen, den auf Stofftransparenten gesammelten Unterschriften und mit Nadel und Faden im Gepäck nach Stuttgart zum vereinbarten Treffpunkt. Dort werden wir die Stofftransparente nach und nach in einer zentralen Aktion zusammen nähen unter dem Motto:

Verflicht und zugenäht: Hier geblieben!

Während der Nähaktion werden die entsprechenden Einzelfälle vorgestellt und gleichzeitig per Megaphon und mit Flyern Informationen zu dieser Aktion verbreitet.

Anschließend ist ein Demonstrationszug durch die Innenstadt geplant, bei dem wir das dann hoffentlich sehr lange Transparent als „Blickfang“ durch die Stadt tragen wollen.

Nachmittags werden wir die Aktion an einem zentralen Platz bei einigen kulturellen Programmpunkten, Darbietungen und weiteren Wortbeiträgen ausklingen lassen.

Diese Aktion soll gemeinsam mit Flüchtlingen stattfinden, daher nehmen wir Anregungen für Beiträge von Flüchtlingen gerne auf.

Um diese Aktion zu einem Aufsehen erregenden Event werden zu lassen, müssen wir gut vorher planen können. Daher geben Sie uns möglichst rechtzeitig Ihre verbindliche Teilnahme bzw. Unterstützung der Aktion bekannt.

Weitere Informationen unter www.akasyl-bw.de

Oder schalten Sie bereits in der Region eine weitere zentrale „Vernähungsaktion“ vor. Dann können Sie schon mit dem Regio-Transparent nach Stuttgart kommen, wie dies der Ostalbkreis vor hat.

*Liebe Mitglieder,
liebe in der Flüchtlingsarbeit Engagierte,*

unser Schwerpunkt in diesem Newsletter liegt bei der Bleiberechtskampagne von PRO ASYL und unseren entsprechenden Aktionsideen zum **Tag des Flüchtlings**.

Aus aktuellem Anlass haben wir einen Bericht über eine **Demonstration von Flüchtlingen in Rastatt** aufgenommen, die gegen die rassistischen Äußerungen des Rastatter Oberbürgermeisters protestiert haben. Bereits im letzten Rundbrief haben wir über die menschenunwürdigen Zustände im Rastatter Lager berichtet.

Ein dramatischer Bericht von Jeannette Ndaya Tshibangu über die Situation der Frauen in der DR Kongo gibt uns Informationen über den schwierigen Alltag in diesem krisengeschüttelten Land. In mehreren Bundesländern wurde versucht, **Abschiebungen in die DR Kongo** vor zu nehmen. Beispielhaft für die derzeitige Situation haben wir einen Artikel aus der taz abgedruckt. In zwei Briefen an das baden-württembergische Innenministerium haben wir versucht einen Abschiebestopp für diese Flüchtlinge zu erwirken, allerdings ohne Erfolg. Trotz der brisanten Lage wird ein Abschiebestopp nicht für notwendig befunden, da jeder Einzelfall geprüft werde. Nun wollen die Innenminister offensichtlich nicht einmal den neuen Lagebericht des Auswärtigen Amtes abwarten, der für diesen Sommer angekündigt ist.

Wie wichtig eine Altfallregelung ist, erleben Sie sicherlich in Ihrer Arbeit Tag täglich vor Ort, wenn Sie um eine Lösung für Flüchtlinge ringen, für die Deutschland bereits seit vielen Jahren der Lebensmittelpunkt ist. Deshalb stellt der AK Asyl Baden-Württemberg zum diesjährigen Tag des Flüchtlings die **Bleiberechtskampagne «Hier geblieben!»** von PRO ASYL in den Mittelpunkt seiner Aktionen.

Offiziell findet der Tag des Flüchtlings am 3. Oktober statt. Damit wir wieder eine zentrale Vernetzungsaktion durchführen können, laden wir Sie dazu ein, ab sofort auf Infoständen, Diskussionsveranstaltungen oder bei anderen Gelegenheiten Unterschriften auf Stofftransparenten für die zentrale Kundgebung in Baden-Württemberg zu sammeln. Damit Sie vor Ort noch am Tag des Flüchtlings selbst Ihre Aktion durchführen können, findet die zentrale Kundgebung am **Samstag, den 4. Oktober ab 13 Uhr in Stuttgart am Schlossplatz** statt.

Helfen Sie mit, dass die so wichtige Forderung nach einer Altfallregelung am 4. Oktober in Stuttgart in der Öffentlichkeit die nötige Aufmerksamkeit erhält. Daher würden wir uns freuen, wenn möglichst viele Flüchtlingsfreunde den Weg nach Stuttgart finden. Eine herzliche Einladung ging auch an den Arbeitskreis Asyl Stuttgart.

Für die Kundgebung konnten wir bereits Said aus Togo und Günter Burkhardt, den Geschäftsführer von PRO ASYL gewinnen. Damit die Aktion zu einem Erfolg wird, laden wir Sie alle herzlich ein, sich zu beteiligen. Auf den folgenden Seiten finden Sie die genauen Informationen, Aktionsideen, Materialanforderung etc. Wenn Sie noch weitere Ideen haben, dann zögern Sie nicht, uns diese mitzuteilen!

Ihnen allen wünsche ich einen erholsamen Sommer,
viele gute Aktionen,
bis dann am 4. Oktober in Stuttgart,

*Ihre
Angelika von Loeper*

(1. Vorsitzende)

P.S. Am 12./ 13. September findet die Jahrestagung mit Plenum **«Rassismus hat viele Gesichter»** in Flehingen bei Bretten statt. Einladung und Programm waren bereits im letzten Rundbrief abgedruckt.

1. TECHNISCHE INFORMATIONEN UND ABLAUF:

- **Mobilisieren Sie Unterstützung für die betroffenen Flüchtlinge/Flüchtlingsfamilien** bei Ihnen vor Ort und in ihrer Region. Sprechen Sie mit: Arbeitgebern, Nachbarschaft, Freunden der Familie, den Schulen und Kindertagesstätten (dort mit Lehrerschaft und Schülermitverwaltung), den Gewerkschaften, Vertretern der Kommunen, der Kirchen, der Vereine... Werben Sie mit dem Infomaterial von Pro Asyl, diesem Informationsblatt und Informationsmaterial zu dem/den konkreten Flüchtling/en bei Ihnen vor Ort für die Teilnahme an unserer Aktion. Wichtig ist, dass die angesprochenen Personen in Ihrem Umfeld (z.B. Schule) möglichst viele UnterstützerInnen für die Aktion gewinnen, möglichst auch, um die Flüchtlinge/Flüchtlingsfamilien zur zentralen Aktion nach Stuttgart zu begleiten.
- **Informieren Sie frühzeitig die Medien in Ihrer Region;** gerade die Sommerferienzeit kann gut genutzt werden, konkrete Einzelfälle und die Aktion in der regionalen Presse bzw. in regionalen Radiosendern darzustellen (z.B. auch umfassende Porträts von bestimmten Familien mit Flucht-hintergründen, Infos zum Asylrecht und zur Notwendigkeit einer Bleiberechtsregelung).
- **Sammeln Sie Unterschriften auf Stofftransparenten:** die Unterschriften der UnterstützerInnen dieser Kampagne sollten groß auf das Transparent geschrieben werden.
- **Nehmen Sie einen Baumwollstoff 80 cm breit** (am einfachsten Nesselstoff). Die Länge des Tuches überlassen wir Ihnen, achten Sie darauf, dass der Stoff nicht reißt.
- **Zum Unterschreiben** benutzen Sie einen wasserfesten (waterproof) dicken Schreiber (z. B. von „Edding“), falls es regnet. Sie können auch wasserfeste Stofffarbe verwenden. Die Farben sollten gut lesbar sein.
- Wiederholen Sie auf dem Transparent **„Hier geblieben! Die Flüchtlinge aus xxx“** (Setzen Sie für xxx Ihren Ort ein).
- **Schicken Sie uns Fotos von Flüchtlingen** oder Familien, auf deren Schicksal Sie im Rahmen dieser Aktion aufmerksam machen möchten per E-Mail (im jpg-Format) oder per Post als Abzug in die Geschäftsstelle. Deren Einverständnis vorausgesetzt wollen wir diese Fotos für die Aktion ebenfalls auf Tücher kopieren und auf der Mahnwache/Demo verwenden.
- **Füllen Sie den für die Aktion erstellten Fragebogen** für die Flüchtlinge, die Sie unterstützen wollen aus. Schicken Sie uns den Fragebogen per Post oder per Fax, oder fordern Sie den Fragebogen per E-Mail an und mailen Sie ihn ausgefüllt zurück:
(akasyлкоordination@web.de)
- **Besprechen Sie mit den Betroffenen die Frage der Veröffentlichung** ihres Falles (ggf. in anonymisierter Form). Weisen Sie darauf hin, dass die Teilnahme an der Aktion nicht automatisch zum Bleiberecht führt.
- **Unterstützen Sie die Aktion „Hier geblieben!“** durch Veranstaltungen, Infostände, Podiumsdiskussionen, oder Informationsgespräche mit Multiplikatoren und Entscheidungsträgern.
- **Unterstützen Sie die Aktion „Hier geblieben!“** durch Ihre verbindliche Teilnahme. Senden Sie uns unbedingt den beiliegenden Rückmeldebogen in die Geschäftsstelle zurück, damit wir Sie über weitere Planungen informieren können. Sollten Sie uns keine E-Mail-Adresse nennen können, dann geben Sie uns bitte nach Möglichkeit eine Postadresse und eine Fax-Nummer an.
- Bringen Sie zu unserer gemeinsamen Aktion in Stuttgart **Nadel und Faden** mit.

2. MATERIAL

- Der **AK Asyl Baden-Württemberg** stellt Ihnen auf Wunsch weiteres Infomaterial sowie eine Presseerklärung zur Weitergabe an Ihre Lokalzeitung zur Verfügung:
 Aufruf Infoblatt Presseerklärung Fragebogen
- **Material zum Tag des Flüchtlings** und zur **Bleiberechtskampagne gibt es auch direkt bei PRO ASYL.** Dort werden für Aktionen vor Ort zur Kampagne „Hier geblieben!“ auch **Zuschüsse bis zu 200 €** vergeben. Es müssen einfach bis zum 15. Oktober formlos die Kosten eingereicht werden mit Informationen über die Aktion. Näheres hierzu unter www.proasyl.de
- Für unsere weiteren Planungen wäre es sehr hilfreich, wenn Sie uns auf der **folgenden Anmeldung (per Post, Fax oder Mail)** mitteilen, ob und mit wie vielen Personen Sie teilnehmen werden und wann und in welchem Rahmen Sie Ihre Aktion/en planen.

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

I. Angaben zur Flüchtlingsfamilie/zum Flüchtling:

Name des Flüchtlings/ der Flüchtlingsfamilie:

.....

Momentan noch anhängige Verfahren?

.....

Zahl der Familienmitglieder:.....

.....

Alter und Geschlecht der einzelnen Familienmitglieder:

.....

.....

Ist der Flüchtling im Falle einer Rückkehr konkret gefährdet? Wodurch? Wieso erfolgte eine Ablehnung im Asylverfahren? (in Stichworten)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Welche Kinder besuchen welche Schule bzw. befinden sich in welcher Berufsausbildung? Welche Schulabschlüsse/berufliche Ausbildungen werden/ wurden in Deutschland absolviert

.....

.....

.....

Herkunftsland und ethnische bzw. religiöse Zugehörigkeit:

.....

.....

.....

Seit wann ist der Flüchtling/die Familie in Deutschland?

Könnten Sie/der Flüchtling/die Flüchtlingsfamilie sich vorstellen, sich in irgendeiner Art und Weise an unserer Aktion in Stuttgart zu beteiligen?

.....

.....

Besteht derzeit ein Arbeitsverhältnis?

Falls nein: Grund? Tätigkeiten/ Arbeitgeber? Seit wann/von wann bis wann in Arbeit?

.....

Sonstige Angaben:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

II. Angaben zum Unterstützerkreis

Aus welchem Umfeld kommen die Unterstützer/-innen des Flüchtlings/der Flüchtlingsfamilie (Arbeitgeber, Schule, Kindergarten, Nachbarschaft, Kirche, Vereine (welche?), Flüchtlingsinitiative?)

.....
.....

Wie viele Personen unterstützen die Familie (geschätzt)?

.....

Wie viele Personen (geschätzt) könnten mobilisiert werden, um die Familie zur zentralen Aktion nach Stuttgart zu begleiten?

.....

III. Kontaktperson:

Name:

Adresse:

Tel:

Fax:

E-Mail:

Bitte schicken Sie die Informationen bzw. weitere Fragebögen auch an: (Name, Adresse)



Weitere Informationen und Material zur Bleiberechtskampagne «Hier geblieben!» auch bei PRO ASYL: www.proasyl.de

Ja, wir nehmen an der Aktion

**«Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht!!»
zum Tag des Flüchtlings in Stuttgart teil:**

Name

Arbeits-/Freundeskreis

Kontaktadresse:

.....

E-Mail:

Wir planen folgende eigene Veranstaltung am: (Beschreibung in Kurzform und Datum)

(wir werden Sie ggf. per E-Mail über den Stand der Aktion unterrichten)

- Wir nehmen an der gemeinsamen Aktion in Stuttgart am 4.10.2003 teil und kommen mit ca. Personen.
- Wir unterstützen die Aktion „Hier geblieben!“
(Name der Gruppe, Einrichtung, NGO, Wohlfahrtsverband, ...)
- Wir spenden für die Aktion „Hier geblieben!“€
LBBW Konto –Nr. 351 7930 BLZ 600 501 01
- Bitte senden Sie uns:
.....Aufruf zum 4.10. in Stuttgart Infoblatt zur Aktion Fragebogen
 Presseerklärung Aufruf neutral
.....Plakate **Tag des Flüchtlings** PRO ASYL Faltblatt **Hier geblieben!** PRO ASYL

Arbeitskreis Asyl
Baden-Württemberg e. V.
Hansjakobstr. 27



Per Fax: 0741/ 3 48 92 13

78658 Zimmern

Frauen in der Demokratischen Republik Kongo

*Jeannette Ndaya Tshibangu, DR Kongo –
Biologin und Forschungsassistentin an der Universität Heidelberg*

Meine Damen und Herren,

ich wurde gefragt, ob ich über meine Eindrücke bezüglich der aktuellen Lage der Frauen und Mädchen in der DR Kongo berichten könnte, weil ich neulich in Kongo gewesen bin. Die Situation der Frauen ist im Moment schwer von der allgemeinen Lage des Landes zu trennen. Ich berichte gern und möchte darauf hinweisen, dass das Ziel meines Aufenthaltes zu Hause nicht nur eine solche Analyse war sondern etwas Urlaub in der Familie und bei Freunden. Daher ist klar, dass es nur mich verpflichtet, was ich erzähle. Ja, letzten November bin ich hauptsächlich nach Kinshasa und Lubumbashi geflogen, und dies nach fünf Jahren in Deutschland, das letzte Mal war ich im August 1997.

Meine Eindrücke werden in fünf Punkten dargestellt:

Die Grundlage (des Lebens): das Lebensmittel

Das Leben allgemein und grundsätzlich ist vom Mann finanziert: der Mann geht arbeiten und bringt das Geld für Lebensmittel, für die Miete, und die Schule der Kinder, für alles. Sowohl in Kinshasa als auch in Katanga sind die meisten Arbeiter Staatsbeamten, Angestellte von privaten und öffentlichen Unternehmen. Im Dezember letztes Jahr, als ich dort war, hatten diese Menschen durchschnittlich 12 Monate keinen Lohn erhalten. Nehmen wir ein paar Beispiele:

im Dezember 2002, bei SODIMICO (Ein Unternehmen wie GECOMINES für den Abbau von Kupfer, Cobalt und Zink) hatten die Mitarbeiter seit 23 Monaten keinen monatlichen Lohn bekommen, und am 18. März dieses Jahres streiken sie seit 12 Monaten ohne Unterbrechung.

Die Mitarbeiter von GECOMINES werden im März dieses Jahres insgesamt seit 26 Monaten nicht bezahlt; bei SNEL (Stromversorgung) und SNCC (Bahngesellschaft) war es jeweils 6 und 9 Monate ohne Gehalt. Die Staatsbeamten und die Lehrer sind schon seit ein paar Jahren ohne Gehalt oder sie bekommen ihr Gehalt sporadisch. Diese Situation hat schwerwiegende Konsequenzen. Die Mehrheit der Familien bekommen alle zwei Tage etwas zu essen (ich spreche nicht von einer richtigen Mahlzeit). Es gibt Familien, die bis zu vier, fünf Tage ohne etwas zu essen bleiben, (ich übertreibe nicht). Es ist unglaublich wie viele Fälle von Unterernährung, man sieht sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen. Man trifft erwachsene Männer mit Kwaschorkor Merkmalen (Unterernährungsmerkmal). Die Sorgen und Verantwortung für das Überleben der Familie in dieser schwierigen Situation sind der Frau überlassen, weil sie ist diejenige, die immer dafür gesorgt hat, aber mit dem Geld, das der Mann gebracht hat. Viele Männer gehen nach wie vor jeden Morgen aus, mit der Hoffnung etwas zu finden. Andere meinen, sie wollen nicht machtlos zusehen, wie die Kinder im Bett am Verhungern bleiben.

Der Schulbesuch

Mehrere Schulen, besonders Grundschulen haben geschlossen, weil die Lehrer nicht bezahlt werden. Diese Lehrer haben selbst Familie, sie müssen sich selbst heraushelfen, um ihre Familie zu ernähren. Sie gehen in Feldarbeit, machen Acker, so dass sie keine übrige Zeit haben, in die Schule zu gehen. Die Schulen, die noch funktionieren haben nur sehr wenige Schüler, besonders die Mädchenschulen haben noch weniger Schülerinnen. Eine Direktorin hat mir ein Beispiel von einer Grundschule in Lubumbashi gegeben: Diese Schule hat normalerweise 2000 Schüler pro Jahr; im September 2001 gab es nur noch 1000 Schüler, im September 2002 ist die Zahl bis auf 300 Schüler geschrumpft (nur noch 15 % der Schüler!!!). Die Folge dieser Situation ist, dass viele Kinder ihre Zeit mit allen möglich Arten von Spielen auf der Straße vertreiben, eine Gefahr für die Gesellschaft. Die Kinder, die es können und die, die Möglichkeit dazu haben, sind kleine Verkäufer geworden (Plastiktüten, Krapfen, Erdnüsse, Zigaretten, etc); sie helfen Lasten zu transportieren und bekommen dafür ein bisschen Geld, damit helfen sie auch in der Familie. Oft helfen sie auch bei der Feldarbeit. Es gibt in vielen Schulen das FIP-System (Frais d'Intervention Ponctuelle), zusätzlich zu anderen Schulgebühren. Das ist eine Beteiligung von Eltern, damit die Lehrer ihre Arbeit weiter führen können. Deutlicher gesagt, die Eltern

sind diejenigen, die die Lehrer regelmäßig bezahlen. Zur Zeit kann FIP auch in Natur erfolgen (so soviele Kilo von Mais, Maniok, etc..). Sonst gibt es private Schulen, die für die meisten Familien zu teuer sind. Wenn die Eltern nicht für alle Kinder bezahlen können, sehen sie sich gezwungen für den Jungen zu zahlen. Das Mädchen wird heiraten und wird von dem Mann versorgt! Man sieht in Gymnasien für Mädchen und Jungen, wie die Zahl von Mädchen immer mehr schrumpft! .Es ist traurig zu hören, wie ein Vater leidend sagt, dass er das Studium der Tochter opfern muss, damit er für den Jungen bezahlen kann, obwohl die Tochter viel begabter, intelligenter ist als ihr Bruder! Es ist einfach dramatisch! Stellen Sie sich vor, ein Mädchen, das keine Schule besuchen kann, das keine andere Beschäftigung hat und das zusieht, wie sie selbst und die ganze Familie verhungert, sie ist einfach gefährdet in die Prostitution abzurutschen. Und das ist leider der Fall von vielen unglücklichen Mädchen. Es ist ein schreckliches Drama, das vorgeht: Mädchen fangen schon mit 14 an, sich zu prostituieren und bringen etwas Geld nach Hause, 400 FC, manchmal etwas mehr. Sie sind ganz traurige Kinder, mit traurigem Blick! Oder sie entwickeln Strategien, um ihr schreckliches Schicksal zu überleben, so werden sie schamlos, unmoralisch, wie man sie auch immer bezeichnen mag (laut TV5 Sendung)! Als ob es nicht schlimm genug wäre, viele so genannte Glücksbringer, profitieren von der Lage der Mädchen, sie versprechen ihnen Chancen, wohlhabende Männer zu treffen. Die armen Mädchen leben so in einem unglaublichen Teufelskreis! Es ist klar, dass manche Eltern wissen, was mit ihrer Töchtern geschieht, aber sie wollen nichts wahrnehmen!

Aber wenn es gibt Eltern, die ihre Töchter zur Prostitution schicken, sind einzelne Fälle. Es ist schon dramatisch für die Eltern selbst. Ich hatte mich mit Freunden (sie sind ein Ehepaar, beide sind Gymnasiallehrer) darüber unterhalten. Es ging um die Tochter anderer Freunde von uns, die gerade Prostitution bei Kasumbalesa betreibt (Kasumbalesa ist an der Grenze zwischen Katanga und dem Nachbarland Sambia). Dieses Ehepaar hat zu mir folgende Bemerkungen gemacht: Das ganze Leben dieser Kinder ist unter dem menschlichen Leben:

Die Eltern sind nur alle zwei oder drei Tage in der Lage, etwas Essen für die Kinder zu bringen, sie müssen machtlos zuschauen, wie das Kind an einer harmlosen Krankheit stirbt, weil sie kein Geld für Arzneimittel haben. Sie sind nicht in der Lage eine Ausbildung für ihre Kinder zu gewährleisten; das Leben dieser Kinder kann man bezeichnen auch so unmoralisch und unmenschlich wie die Prostitution! Das Leben dieser Kinder ist einfach ein Drama.

Das Gesundheitssystem

Es ist zu erwarten, dass in einer solchen allgemeinen Situation des Landes das Gesundheitssystem auch stark betroffen sein muss. In öffentlichen Krankenhäusern muss der Patient fast alles selber bringen: von der Spritze, über die Nadel bis zum Faden für das Vernähen der Operationseingriffe, das heißt man muss Geld haben, damit man behandelt werden kann. Es gibt private Kliniken, die besser ausgerüstet sind, aber sie sind zu teuer für die Mehrheit der Menschen. Man sieht in der Stadt ganz viele Kiosk-Apotheken. Bei diesen Kiosk-Apotheken findet man fast alles. Sie werden von im Bereich der Pharmazie unausgebildeten Menschen betrieben. Es ist relativ selten ein Ablaufdatum auf der Packung von Medikamenten zu finden. Die Arzneimittel sind meistens von einer indischen Pharmafirma (Shalina), aber diese Produkte sind auch preiswert. Ich habe mich für Mittel gegen Malaria, die sich auf dem Markt befinden, interessiert. Ich konnte eine Liste von mehr als 30 Produkte gegen Malaria schreiben, von denen nur ein paar von der WHO zugelassen sind. [Meine Arbeit darüber ist noch nicht fertig]. Das heißt, es sind Medikamente, die auf den Markt kommen, ohne der Zulassungsvorschrift zu folgen; deren Zusammensetzung auf der Gebrauchsinformation fraglich bleibt!

Wasser- und Stromversorgung

Das fließende Wasser in vielen Vierteln, sowohl in Kinshasa als auch in Lubumbashi, fließt erst später in der Nacht; meistens zwischen Mitternacht und 4.00 Uhr morgens. Andere Viertel haben überhaupt kein fließendes Wasser mehr, und dies läuft so seit paar Jahren.

Bezüglich der Stromversorgung gibt es Wörter, die in der Sprache der Leuten geläufig geworden sind, zum Beispiel: "Daulage" und "déléstage". Man hört in der Stadt Frauen sagen "lelo mokolo na biso ya déléstage...", heute kann ich nicht das und das machen, weil es unser Tag für déléstage ist. "Daulage" kommt von "kudaula", es heißt soviele wie sich ein bisschen von etwas bedienen (swahili oder ماشي): den Strom vom Nachbarhaus zu seiner eigenen Wohnung leiten lassen. "Déléstage" ist französisch und bedeutet Stromsperre oder momentane Stromabschaltung. Mit dem System von déléstage, verteilt SNEL den Strom an verschiedenen Tagen zu verschiedenen Vierteln; z. B. das Viertel X bekommt den

Strom Montags und Dienstags, das Viertel Y Samstags und Sonntags, etc.. .Le Daulage wird von Individuen gemacht (mit dem Risiko von schrecklichen Unfällen).

Erweiterung der Familien (Zwei Arten)

Mehrere Frauen, die sich für 4 oder 5 Kinder entschieden hatten, werden mit weiteren Kindern überrascht nach ein paar Jahren. Für die Verhütungsmittel braucht man kontinuierlich Geld, so dass viele Frauen sich mittels Tubenligatur sterilisieren lassen. Diese nicht reversible Lösung hinterlässt ihre Spuren bei der Psyche der Frauen, weil es wie eine Verstümmelung betrachtet wird.

Viele Familien müssen sich trennen, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Der Mann geht in seine Familie, die Frau und die Kinder in ihre Familie zurück. Manchmal muss man sogar die Kinder trennen: der Große in eine Familie und die anderen in eine andere Familie.

Für alle diese lebenswichtigen Probleme ist es die Frau, die in erster Linie betroffen ist. Die Mutter trägt die ganze Verantwortung und die Sorgen lasten auf ihr.

Lösungen

In dieser mehr als dramatischen Situation, suchen die Menschen für das Überleben dringende Notlösungen. Alle Menschen, egal aus welchem Land oder welche Rasse, besitzen einen Überlebensinstinkt und versuchen sich aus einer lebensbedrohenden Situation herauszuhelfen.

In unserem Fall, gibt es individuelle aber auch kollektive Lösungen, d.h, Organisation in Kooperativen oder NGOs. Ich beschreibe hier zwei Beispiele von Kooperativen und NGOs von Frauen und für Frauen.

Erstens was man vorweg sagen muss ist, dass alle Leute Ackerbau betreiben. Es gibt kaum einen Platz, an dem kein Gemüse gepflanzt ist (in Gärten von Schulen, Kirchen, Pfarrei, Parks). Im Moment haben viele Frauen begriffen, dass es günstig ist, sich in Gruppen zu organisieren, um den Hunger richtig zu bekämpfen.

1. Erstes Beispiel ist in Lubumbashi: im Rahmen von MOCC (Christliche Bewegung für Arbeiter) ist eine Bewegung von Frauen ins Leben gerufen worden, die Action Féminine. Es ist also in dem Rahmen von Action Féminine, dass sich kleine Kooperativen gebildet haben. Die Frauen stellen z.B. Schuhwichse aus Blättern der Avocadopflanze her, Seife aus Palmöl und Natronlauge. Sie haben große Maniok-, Mais- und Bohnenfelder angebaut. Es gibt eine Gruppe für Schneiderei, Näherei und Strickerei. Mädchen werden dort auch unterstützt. Eine Art Krankenversicherung ist ins Leben gerufen worden. Frauen leisten Beiträge, so dass im Fall von Krankheit sie oder ihre Familienmitglieder versorgt werden.

Diese "Mutualité" macht noch ihre erste Schritte. Die Frauen von Action Féminine organisieren abends eine Art von Seminaren für andere Frauen, damit sie zusammen überlegen, wie sie in dieser schwierigen Situation einigermaßen zurecht kommen können und wie die Frau allgemein und in der Zukunft für sich selbst und für ihre Familie sorgen kann. Eines dieser Seminare hatte als Thema "die Heilpflanzen vor Ort"; dies wurde von Nonnen durchgeführt, so dass die Pflanzen Aloes und Papaya jetzt viel benutzt werden.

2. Das zweite Beispiel ist in Kinshasa: 20 Frauen haben eine NGO ins Leben gerufen, mit dem Ziel "auf der Kampffront um Hunger zu bekämpfen und für die Entwicklung des Landes sich voll zu beteiligen"; das ist ein Satz aus ihrer Einleitung. Ihr Ziel für dieses Jahr 2003 ist:

- Den Anbau von Soja allgemein verständlich zu machen
- Den Bauern helfen, sich in Erzeugergesellschaften oder Kooperativen zu organisieren
- Für genügend Nahrungsmittel sorgen
- Versorgung ihrer Familie von den NGO Mitgliedern

Hier sind Beispiele von den Bemühungen der Frauen. Dies scheint vorrangig zu sein! Ich habe sie deswegen dringend notwendige Lösungen genannt, zumal dies die Mehrheit der Bevölkerung betrifft. Ich muss erwähnen, dass Frauen in den Bewegungen auf verschiedenen Ebenen zusammenarbeiten: Während des Dialogue Inertcongolais in Sun City hat man verschiedene Frauenvereinigungen gesehen: Rechtsanwältinnen, Richterinnen, Ärztinnen, etc..., die ihre volle Beteiligung für die Suche nach einer Lösung einbringen wollten.

Das wachsende Bewusstsein von der Seite der Frauen selbst und von der Seite der Männer bezüglich der wichtigen Rolle der Frauen in der Bekämpfung von Hunger, Armut, Unterernährung und in dem Aufbau und der Entwicklung des Landes haben mich sehr beeindruckt.

Alle diese Bemühungen der Frauen brauchen finanzielle und intellektuelle Unterstützung.

Dies sind meine Eindrücke über die Lage des Landes besonders der Frau in der Demokratischen Republik Kongo.

Dieser Beitrag wurde von Jeannette Ndaya Tshibangu beim Wochenendseminar „Frauen im Kongo“ 29. – 30.3.2003 in der Jugendherberge Neuss-Uedesheim gehalten. Veranstalter: Dialog International, Düsseldorf (www.dialog-international.org).

Wir bedanken uns bei Frau Ndaya Tshibangu für die Genehmigung, ihren Redebeitrag abzu drucken.

Eilige Abschiebung ins Ungewisse

Innensenator Körting will heute einen kongolesischen Oppositionellen nach Kinshasa abschieben lassen - obwohl das Bundesaußenministerium schriftlich darum bittet, mit der Entscheidung noch zu warten. Grund: Die Lage sei "undurchsichtig"

von HEIKE KLEFFNER

Geht es nach Innensenator Ehrhart Körting (SPD), wird heute ein Mitglied der kongolesischen Opposition nach Kinshasa, die Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, abgeschoben. Obwohl sich nach Informationen von Rechtsanwalt Bernward Ostrup, der den 38-jährigen Kongolesen vertritt, das Auswärtige Amt in den Fall eingeschaltet hat. In einem Brief an Berlins Innensenator bittet das Außenministerium darum, "zu prüfen, ob eine Abschiebungsentscheidung nicht abgewartet werden" könne, berichtet Anwalt Ostrup. Die Lage in Kinshasa sei "undurchsichtig" und der Lagebericht des Amtes zur Situation in dem bürgerkriegsgeschüttelten Staat werde derzeit noch aktualisiert. Christian Matzdorf, Pressesprecher des Innensensors, betont dagegen, "im Gegensatz zum problematischen Norden des Landes ist es in der Hauptstadt Kinshasa sicher." Deshalb stünde einer Abschiebung von Raphael B. nichts im Weg. "Alle Bundesländer schieben in die Demokratische Republik Kongo ab - nur nicht in den Norden", sagt Matzdorf. Volker Ratzmann, Fraktionschef der Grünen im Abgeordnetenhaus, hält das Verhalten der Innenverwaltung für "skandalös". Es sei unverständlich, "dass Ehrhart Körting den aktualisierten Lagebericht des Auswärtigen Amtes nicht abwarte, so Ratzmann.

Noch Ende Juni hatte Körting dem Flüchtlingsrat Berlin in einem Brief versichert, die Innenverwaltung werde das Auswärtige Amt um eine kurzfristige Übersendung eines aktuellen Lageberichts bitten. Weiter erklärte der Innensenator in dem Schreiben, das der taz vorliegt, er habe die Ausländerbehörde schon im Juni 2001 angewiesen, "Rückführungen in die Demokratische Republik Kongo nur mit meiner ausdrücklichen Zustimmung anzuordnen und durchzuführen". Es folgt die Beteuerung: Eine Abschiebung werde "gegebenenfalls einzelfallbezogen und mit der gebotenen Sorgfalt geprüft".

Damit habe der Innensenator den Flüchtlingsrat in dem Glauben gewiegt, dass vor Eintreffen neuer Informationen keine Abschiebungen stattfinden würden, sagt der Grüne Ratzmann. Nach taz-Informationen fertigte das Auswärtige Amt den letzten Lagebericht im Sommer 2002 an.

Raphael B. war vor elf Jahren nach Deutschland geflohen, weil er als Mitglied der oppositionellen Bewegung "Vereinigung für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt" (UDPS) vom damaligen kongolesischen Diktator Mobutu Sese Seko politisch verfolgt wurde. Dennoch lehnte das Verwaltungsgericht Berlin im Januar B.s Asylantrag letztinstanzlich ab. Ende Mai wurde B. beim Besuch der Ausländerbehörde verhaftet und sitzt seitdem in der Abschiebehaftanstalt Grünau. Die Ausländerbehörde hatte zur Begründung behauptet, B. sei untergetaucht.

Rechtsanwalt Ostrup betont, Raphael B. werde "nach elf Jahren in Deutschland in eine extrem unsichere Situation abgeschoben". Nach Recherchen der Internationalen Menschenrechtsliga wurden zu Jahresbeginn zwei Demonstrationen der oppositionellen UDPS in Kinshasa von der Polizei gewaltsam

aufgelöst. Mehrere UDPS-Anhänger sind seitdem "verschwunden". Auch das US-Außenministerium kommt in seinem Menschenrechtsbericht vom März 2003 zu einer düsteren Einschätzung. "Die Sicherheitskräfte [der derzeitigen Regierung von Präsident Joseph Kabila in der Demokratischen Republik Kongo, d. Red.] sind verantwortlich für extralegale Tötungen, Folter, Schläge, Vergewaltigungen, Vertreibungen und andere Menschenrechtsverstöße. [...] Die Sicherheitskräfte nehmen Zivilisten weiterhin willkürlich fest und inhaftieren sie."

TAZ Berlin 16.07.03

Kosovoabschiebung: Absprache mit UNMIK verletzt Abschiebungsflug gescheitert

PRO ASYL: Unvertretbare Experimente zu Lasten der Betroffenen

Deutsche Abschiebungsbehörden führen Abschiebungsflüge in das Kosovo durch und verletzen dabei die Absprachen mit der UN-Interimsverwaltung im Kosovo (UNMIK), die in einem sogenannten Memorandum of Understanding festgelegt worden sind. So scheiterte am 26. Juni die geplante Abschiebung von mehr als 60 Personen mit Ziel Pristina (Kosovo). Unter den Passagieren befanden sich auch Angehörige ethnischer Minderheiten, bei denen UNMIK Risiken im Einzelfall prüft. Die beteiligten deutschen Behörden, die zentrale Ausländerbehörde Düsseldorf und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen hatten offenbar nicht rechtzeitig die Passagierliste vorgelegt, so dass UNMIK keine Landeerlaubnis in Pristina erteilte.

Daraufhin wurde eine Umgehungsstrategie erprobt. Der Flug wurde nach Podgorica (Montenegro) umgeleitet. Es sollte versucht werden, von dort aus mit Bussen die Abzuschiebenden in das Kosovo zu bringen. UNMIK wollte auch diese Praxis nicht hinnehmen. Darauf hin hob die Maschine mit Ziel Düsseldorf ab.

Hintergrund des Vorgangs ist die im sogenannten Memorandum of Understanding verabredete Prozedur. Angehörige der Roma- und der serbischen Minderheit sind von Abschiebungen vorläufig ausgenommen. Andere Minderheitenangehörige dürfen dann abgeschoben werden, wenn gewährleistet ist, dass sie keinen Gefahren ausgesetzt sind. UNMIK besteht auf einem individuellen Prüfverfahren und gibt dann gegebenenfalls die Zustimmung zur Aufnahme.

Auf den Pristinaflug gebucht waren auch Personen, deren Übernahme im Rahmen einer Einzelfallprüfung von UNMIK abgelehnt worden war. Offenbar hatten in einigen Fällen die deutschen Ausländerbehörden wesentliche Informationen zur Einschätzung der individuellen Gefährdungssituation von Familien nicht gegeben.

Einige der zur Abschiebung anstehenden Minderheitenangehörigen waren noch zehn Minuten vor Abflug in Düsseldorf aus dem Flugzeug geholt worden. Eine Aschkalifamilie, die den gescheiterten Abschiebungsflug miterlebt hat, berichtet u.a., man habe von 12 bis 21 Uhr in großer Hitze in einem Hangar, dessen Türen und Fenster verschlossen waren, auf dem Flughafen von Podgorica warten müssen, während das Gepäck bereits aus dem Flugzeug in Busse verladen worden sei. Während insgesamt 12 Stunden habe man ihnen jegliche Nahrung verweigert.

PRO ASYL kritisiert den Vorgang als flagrante Verletzung des Memorandum of Understanding. Offenbar sollen die Grenzen dessen ausgelotet werden, was UNMIK hinzunehmen bereit ist. UNMIK trägt eine große Verantwortung für die Sicherheit von Abgeschobenen, die bei der nach wie vor schwierigen Sicherheitslage im Kosovo nicht überall und nicht für alle Betroffenen gewährleistet werden kann. Vor diesem Hintergrund verbieten sich experimentelle Abschiebungsversuche.

gez. Bernd Mesovic
Referent

Presseerklärung PRO ASYL: 30. Juni 2003

Rassistische Entgleisung

Rastatter Oberbürgermeister soll wegen fremdenfeindlicher Äußerung zurücktreten

Von Martin Höxtermann

Rund 150 Flüchtlinge der Asylunterkunft Kehlerstraße in Rastatt sowie zahlreiche Unterstützer haben am Montag gegen Rassismus und für Menschenrechte, Solidarität und gute Nachbarschaft in der baden-württembergischen Kleinstadt demonstriert. Aktueller Anlaß war eine Äußerung des Rastatter Oberbürgermeisters Klaus-Eckhard Walker (SPD), die dieser am 21. Juli in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung anlässlich einer Reggae-Party der Heimbewohner gemacht hatte. Wörtlich soll Walker gesagt haben: Die Asylbewerber sollten die Gepflogenheiten ihres Gastgeberlandes respektieren oder wieder »zurück

in den Kongo gehen, wo sie ums Feuer tanzen können, bis sie schwarz werden, was sie aber schon sind«. Anwesende Gemeinderäte hatten das Zitat in der Lokalpresse bestätigt.



Die Demo begann um zehn Uhr vor dem Wohnheim und führte durch die Innenstadt zum Rastatter Rathaus. Dort ließ sich der Oberbürgermeister, der bis dato nicht öffentlich zu seinem Zitat Stellung nehmen wollte, nach längerer Wartezeit blicken und hielt eine kurze Ansprache. »So eine Äußerung muß möglich sein«, sagte er schließlich. »Statt sich bei den Flüchtlingen zu entschuldigen, rechtfertigte Walker seine rassistische Äußerung«, empörte sich Christa Eckes vom Freundeskreis Asyl gegenüber jW am Montag. »Seine Rede war enttäuschend und überhaupt nicht auf Verständigung ausgerichtet.«

Auch der Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg kritisierte Walkers »populistische Entgleisung« scharf. Ebenso lehnt er Walkers Pläne ab, die Flüchtlingsunterkunft per Videokameras überwachen zu lassen. Dies hatte der Sozialdemokrat in einem Schreiben an das Landratsamt gefordert und sich dabei auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim zur Rechtmäßigkeit von Videoüberwachungen an Kriminalitätsbrennpunkten berufen. Walker hatte geschrieben: »Als Hausherr des Geländes, auf dem das Heim steht, soll der Landkreis wieder Herr der Lage werden und ordnungsgemäße Zustände im Gelände bei seinen »BewohnerInnen« herstellen.«

Der Landrat hat Walkers Ansinnen inzwischen zurückgewiesen, da das Wohnheim kein öffentlicher Ort im Sinne des Polizeigesetzes sei. Nach Auffassung des Arbeitskreises Asyl wären ganz andere Maßnahmen angebracht. Eine Auseinandersetzung mit den menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Wohnheim forderte die AK-Vorsitzende Angelika von Loeper gegenüber jW. Bei einem Besuch habe man das Gebäude in einem sehr schlechten baulichen Zustand vorgefunden, mit feuchten Wände



und abbröckelndem Putz. Zwölf bis 16 Menschen müßten dort in einem Zimmer wohnen. »Deshalb ist eine Sanierung und Umgestaltung des Lagers, in dem insgesamt 150 Menschen leben, in kleinere Wohneinheiten dringend notwendig«, befand von Loeper. Die baulichen Zustände des Lagers erwähnte der Rastatter Oberbürgermeisters in seiner gestrigen Rede mit keinem Wort.

Junge Welt, 29. Juli 2003

Internettipps

Infos zur aktualisierten **Rechtsprechung zum Flüchtlingssozialrecht** erhalten Sie unter <http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung.php>. Dort gibt es auch eine komprimierte Zusammenfassung verschiedener für die Arbeit mit Flüchtlingen wichtiger Gesetzestexte und Kommentare

www.eine-welt-bw.de: Auf diesen Seiten finden Sie die Sammlung von 20 Projekten aus baden-württembergischen Kommunen, die im Bereich EINE Welt und Lokale Agenda durchgeführt und 2002 als **Leitfaden zur global fairen Kommune Baden-Württemberg** veröffentlicht wurden. Zusätzlich finden Sie hier die Datenbank **Who is Who Baden-Württemberg** mit derzeit über 450 Adressen regionaler Akteure der Entwicklungspolitik und 150 überregionalen Servicestellen und Organisationen. Die Adressen können über einen Klick auf einzelne Regionen abgerufen werden.

www.traumanetzwerk.de: Die Seite der Malteser Werke führt TherapeutInnen und DolmetscherInnen aus dem ganzen Bundesgebiet auf, die sich bereit erklärt haben, traumatisierte Flüchtlinge zu behandeln bzw. im Therapieprozess zu dolmetschen. Neuigkeiten und Veranstaltungshinweise aus dem Traumabereich, Literaturangaben und kommentierte Links zu den Herkunftsländern von Flüchtlingen, Asylverfahren und zum Thema „Trauma“ vervollständigen die Themenpalette.

Fortbildung

Fortbildungsveranstaltungen des AK Asyl Baden-Württemberg im Rahmen des EU-Projekts:

Datum/Uhrzeit	Referent	Veranstaltung	Ort
16.09., 20 Uhr	Ernst-Ludwig Iskenius, Refugio Villingen- Schwenningen	Wie schütze ich mich vor dem Trauma? – Gesunder Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen	Heidelberg , DW-Tagesstätte, Karl-Ludwig-Straße 6
8.10.	Ernst-Ludwig Iskenius, Refugio Villingen- Schwenningen	Wie schütze ich mich vor dem Trauma? – Gesunder Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen	Schwäbisch Hall , Ort wird noch bekannt gegeben
14.10., 20 Uhr	Heidi Gauch, Leiterin BFU-Nebenstelle Ludwigsburg	Hauptsache die Kinder sind in Sicherheit – Angststörungen bei Flüchtlingskindern trotz „äußerlicher Sicherheit“	Heidelberg , DW-Tagesstätte, Karl-Ludwig-Straße 6
15./22./29.10	N.N. (Refugio Stuttgart)	Themen und ReferentInnen angefragt	Stuttgart , Gemeindehaus der Leonhardsgemeinde, Christophstraße 34
29.10, 19.30 Uhr	Claudia Egenolf (DRK Freiburg)	Erscheinungsbild der Traumatisierung bei ausländischen Flüchtlingen	Freiburg , Caritas Breisgau-Hochschwarzwald, Alois-Eckert-Straße 6
12.11., 19.30 Uhr	Ernst-Ludwig Iskenius, Refugio Villingen- Schwenningen	Wie schütze ich mich vor dem Trauma? – Gesunder Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen	Freiburg , Caritas Breisgau-Hochschwarzwald, Alois-Eckert-Straße 6
26.11., 19.30 Uhr	Dr. Konstantin Thun, Rechtsanwalt, Freiburg	Traumatisierte Flüchtlinge im Asylverfahren	Freiburg , Caritas Breisgau-Hochschwarzwald, Alois-Eckert-Straße 6
Herbst	N.N.	Themen und ReferentInnen angefragt	Ulm

Impressum:

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

AK Asyl Baden-Württemberg e. V.
Hansjakobstr. 27, 78658 Zimmern
Tel. (0741) 3 48 92 12 Fax (0741) 3 48 92 13

E-Mail: akasylkoordination@web.de

Redaktion: Angelika von Loeper (V.i.S.d.P.)

Bankverbindung: Kto. 351 79 30, BLZ 60050101
bei der Landesbank Baden-Württemberg



Gefördert durch die
Europäische Union

www.akasyl-bw.de

Termine

5. - 6.09.2003: Fortbildungsseminar „Begutachtung psychotraumatisierter Flüchtlinge – kulturspezifische Besonderheiten und Probleme“. Ort: Würzburg, Leitung: Dr. med. Hans Wolfgang Gierlich, Referenten: Dr. med. Waltraut Wirtgen und Dipl.-Päd. Marie Rössel Cunovic. Die Fortbildung wendet sich vor allem an Ärzte und Psychologen.

1. 9. 2003: Antikriegstag

12. - 13.09.03: Tagung „Rassismus hat viele Gesichter“. In der Tagung, die vom AK Asyl B.-W. mitveranstaltet wird, wird in Vorträgen und Arbeitsgruppen verschiedenen Aspekten von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nachgegangen. Themen: Wurzeln und Erscheinungsformen von Rassismus, Ansätze zur Überwindung von Rassismus, die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien und ihre Umsetzung in der Flüchtlingsarbeit, u. a. Tagungsort: Bildungszentrum Schloss **Flehingen** (bei Bretten). Anmeldung möglichst umgehend beim Ev. Oberkirchenrat Karlsruhe, Fax 0721 9175-529, Mail EOK-Migration@ekiba.de.

28.9. – 4.10. 2003: Interkulturelle Woche. Motto 2003 - Integrieren statt ignorieren. Weitere Informationen unter: www.interkulturellewoche.de

3. 10. 2003: Tag des Flüchtlings

4. 10. 2003: Verflixt und zugenäht – Hier geblieben! Zentrale Aktion des AK Asyl Baden-Württemberg zum Tag des Flüchtlings in Stuttgart am Schlossplatz ab 13 Uhr.

22.11. 2003: Tagung mit Plenum in der Stuttgarter Friedensgemeinde (Schubartstraße).

10. 12. 2003: Tag der Menschenrechte

In diesem Newsletter finden Sie:

Verflixt und zugenäht Aktion zum Tag des Flüchtlings.....	1
Vorwort.....	3
Technische Infos und Ablauf der Aktion	4
Fragebogen für potenzielle Altfälle	5
Anmeldung und Materialanforderung	7
Frauen in der DR Kongo	8
Eilige Abschiebung ins Ungewisse (DR Kongo)	11
PM Pro Asyl zu Abschiebeversuch in den Kosovo	12
„Rassistische Entgleisung“ Flüchtlinge demonstrieren in Rastatt....	13
Internettipps	14
Fortbildungsveranstaltungen EFF, Impressum.....	15
Termine.....	16